Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 238 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 11. Oktober 1930

Von „kommenden Dingen".

Die Reichstagsschlacht beginnt. — Der Kampf um den Young-Plan. — Allzu viele Fragezeichen.

Eifrig wurde im stolzen Bau am Platz der Republik in Berlin gezimmert und gehämmert, summten die Staubsauger, rüstete ein Bataillon von Arbeitskräften das Haus zum Empfang der Volksvertreter. Denn am Montag tritt der Reichstag zusammen, am Montag „kann die Schlacht beginnen". Aber was die Staubsauger dort nicht entfernen können, sind die letzten Dünste des Wahlkampfes, die sich auch in den Sitzungssaal hineinschleichen möchten. Man weiß aus früheren Erfahrungen, daß bei der Eröffnungssitzung eines neugewählten Reichstages gewöhnlich ein bißchen Theater gespielt wird, und diesmal wird es nicht anders werden. Aber nun „in Erwartung des Kommenden" gleich in dumpf tönende Unkenrufe auszubrechen, legt solchen Dingen doch mehr Bedeutung bei als sie verdienen, schadet aber bestimmt, wenn man nun gar ein wildes Schlachtgetöse voraussagen und deswegen schon jetzt die — Schupo mobil machen will. Das reizt ja geradezu die radikalen Flügel, nicht bloß die Kraft der Lungen gegeneinander zu erproben, sondern es auf mehr ankommen zu lassen. Der Immunität des Reichstages entspricht das Hausrecht des Reichstagspräsidenten, das jedes Eingreifen von außen her nicht zuläßt, wenn es nicht vom Präsidenten selbst herbeigeführt wird. Und bisher ist der Reichstag noch immer, wenn bisweilen auch mit Mühe, fertiggeworden mit allen wirklichen Störenfrieden. Im übrigen wuchtet die Last der Gegenwart, ihrer Nöte und gesetzgeberischen Notwendigkeiten — eine wahre Flut von Vorlagen wartet auf die 577 — viel zu sehr auf den Volksvertretern, hat sich die Wirtschafts- und außenpolitische Lage gerade in den letzten Wochen und Tagen viel zu sehr angespannt, als daß selbst an sich darauf eingestellte Parteien dem Reichstag durch Übertreibung jenes Theaters eine unheilbare Wunde schlagen dürften.

*

Denn für das sogenannte „Spiel der parteipolitischen Kräfte" bringt man im deutschen Volk nicht das geringste Interesse mehr auf, weil eben die Wirklichkeit zu laut und zu bitter spricht. Übertreibungen des Wahlkampfes werden daher, soweit sie es nicht schon sind, rasch in der parteipolitischen Rumpelkammer verschwinden müssen, die Führer der Parteien sehr bald vor die Notwendigkeit gestellt werden, zu sagen, was sie nun ernsthaft wollen. Schweift der Blick der Verantwortlichen hinaus in die Welt, so sieht er überall ein Zusammenbrechen, ein Stürzen, ein verzweifeltes Ringen, schwerstes wirtschaftliches, soziales Unheil. Und Dr. Schacht hat in seiner jüngsten Rede im Newyorker Bonds-Klub, also vor den prominentesten Finanzleuten der dortigen Börse, leider nur allzu recht damit, daß die lange Dauer dieser Wirtschaftsdepression lediglich dem Einfluß der Politik zuzuschreiben sei. Auch der Young-Plan, über den er sprach, stand ja überaus stark unter dem Einfluß der Politik bereits in der Zeit seines Entstehens und die Folgen davon machen sich bemerkbar genug. Trotzdem, so betonte Dr. Schacht, ist Deutschland willens, seine Reparations- und Anleiheverpflichtungen zu erfüllen aber sie sind eben so hoch gesteigert, daß Deutschland, um seinen Verpflichtungen ohne eigene Schädigung seiner Wirtschaft nachzukommen, eben seinen Ausfuhrüberschuß um 50 Prozent vermehren müßte, — „und ich zweifele sehr, ob die anderen Völker ihre Märkte Deutschland zu diesem Zweck und in diesem Umfang überlassen werden". Daher muß Deutschland dieser Last immer rascher erliegen oder es kommt eben zu einer Änderung, aber „auf Grund einer Verständigung und durch internationale Abkommen". Erfreulich ist es, daß der frühere deutsche Reichsbankpräsident nun schon wiederholt dem Gedanken der Revisionsnotwendigkeit des Young-Plans Ausdruck geben konnte gerade im Ausland, in Amerika, wo man ja besonders stolz auf das Werk Youngs ist, im übrigen aber — ein etwas kümmerlicher Witz der Weltgeschichte — amtlich und offiziell nichts damit zu tun hat.

*

In dieselbe Richtung hinein, also das Problem der Revision anzupacken, will die Opposition im Reichstag auch das Kabinett zwingen. Der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, hat das in einem Interview schärfstens betont, das er einem schwedischen Zeitungsvertreter gab; manches findet sich darin, was an die Ausführungen Schachts anklingt. Darüber hinaus fordert er eine „aktive Außenpolitik" in dem Sinne auch einer Revision des Versailler Vertrages, der uns die Wehrlosigkeit auferlegte, bisher aber das Versprechen der Abrüstung auch der andern unerfüllt ließ. Damit wird nun aber schon tief in das Gebiet der deutschen Außenpolitik hineingestoßen, die in den letzten Tagen auch wieder vom innenpolitischen Standpunkt aus scharf kritisiert wurde. Dies sogar von einer Seite, die für die Stellung Dr. Brünings im kommenden parlamentarischen Kampf allein schon von Bedeutung ist, außerdem aber noch verbreitert wurde durch Angriffe aus den Reihen jener Partei, der der Außenminister Dr. Curtius angehört. Infolgedessen kommt zu den vielen Fragezeichen, die hinter die politische Entwicklung der nächsten Tage im Reichstag, hinter die „kommenden Dinge" — um den Buchtitel eines bekannten deutschen Wirtschaftspolitikers zu gebrauchen — bereits gesetzt werden mußten, nun noch ein neues hinzu. Allzu gespannt aber ist die Lage, allzu schnell rasen diese „kommenden Dinge" heran, um ein gemächliches, durch rein parteipolitische „Auseinandersetzungen" wenig verschöntes Lösen dieser Fragen zu gestatten. Dr. Pr.

Schiele über die Not der Landwirtschaft

Die gefährdete Kraftquelle der Nation

Anläßlich der Eröffnung des Rundfunklehrganges für praktische Landwirtschaft machte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. e. h. Schiele grundsätzliche Ausführungen über „Die Landwirtschaft und ihre Aufgaben". Er führte u. a. aus:

Angesichts des allgemeinen Notstandes von Volk und Staat und der Wirtschaftskrise heißt es in der Politik mehr denn je den Blick auf das Ganze zu richten und das Übel an der Wurzel zu packen. Die Landwirtschaft ist und bleibt die biologische

Kraftquelle der Nation,

ohne sie ist Kultur, Wirtschaft, Staat und Volkstum dem Untergange preisgegeben. Es ist deshalb nicht einseitige Interessen- und Ressortpolitik, wenn wir die Agrarnot immer wieder in den Brennpunkt des politischen Ringens stellen. Der gesamte Weltmarkt steht seit Jahresfrist unter dem Zeichen zusammenbrechender Preise. Ob es nun Gemüse-, Zucker-, Holz-, Molkereiprodukte oder sonstige Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft oder des Gartenbaues sind, überall hat in den letzten Monaten ein

unerhörter internationaler Preissturz

stattgefunden. Dementsprechend hat auch in allen Staaten der Welt ein schwerer Kampf um die Rettung der Landwirtschaft eingesetzt. Leider konnte in Deutschland, trotzdem mit sofortiger Wirkung zur Abwehr der unmittelbaren Konkurrenz der billigen Auslandseinfuhr und auch mit sofortiger Wirkung zollpolitisch zur Abwehr dasjenige geschah, was möglich und erforderlich war, doch die Wirkung der niederbrechenden Auslandspreise nicht beseitigt werden.

Besonders ungünstig für die binnenmarktliche Preisentwicklung waren die Auswirkungen der internationalen Lage auf die deutsche Agrarausfuhr. Wir sind für unsere Agrarerzeugnisse bei der gegenwärtigen Marktlage lediglich auf den

Absatz im eigenen Lande

angewiesen. Zwar ist dies nationalwirtschaftlich, auf die Dauer gesehen, zu begrüßen, stellt uns aber in der Übergangszeit vor schwere Aufgaben der Umstellung unserer Produktions- und Absatzverhältnisse. Beschleunigter Verkauf der Ernte ist außerdem für viele Betriebe das einzigste Mittel, um das nötige Geld für die Fortführung der Wirtschaft zu beschaffen. Gegenüber dieser

Sturmflut der Agrarkrise

bleibt die Gewißheit, daß nur durch Handeln der wachsenden Krise Einhalt geboten werden kann. Grundlage für die staatliche Agrarhilfe in jeder Form ist ein wirksamer Schutz vor dem Andrängen der Auslandskonkurrenz. Hierzu müssen wir die Autonomie auf allen Gebieten der agrarischen Zollpolitik wiedergewinnen und das System der Ermächtigungszölle weiter ausbauen. Diese Politik des Schutzes nach außen hin muß ergänzt werden durch Maßnahmen zur

Absatzsicherung im Innern.

Ein wirkungsvoller Anfang ist mit dem Weizenvermahlungszwang gemacht. Es wird eine der nächsten parlamentarischen Aufgaben sein, einen Verwendungszwang auch für tierische Fette, für Braugerste, Malz und Hopfen, einzuführen. Solange es aber der heimischen Landwirtschaft an ausreichenden leistungsfähigen Absatzorganisationen fehlt, genügen diese Maßnahmen nicht, um bei der heutigen Lage eine angemessene Preisentwicklung herbeizuführen. Der Staat darf daher nicht davor zurückscheuen, vorübergehend unmittelbar Einfluß auf die Marktentwicklung im Innern zu nehmen. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen müssen aber ergänzt werden durch

die berufsständische Selbsthilfe.

Eine begrüßenswerte Selbsthilfemaßnahme auf dem Gebiete des Getreidebaues ist in erster Linie die verstärkte Umstellung vom Roggen- auf den Weizenbau. Auch die Bestrebungen, zunächst für Weizen eine poolartige Absatzorganisation nach dem Vorbild des Auslandes zu schaffen, ist zu begrüßen.

*

Ein Aktionsprogramm des Reichslandbundes.

Das Präsidium des Reichslandbundes hat in einem Schreiben an die Reichsregierung die vom Bundesvorstand festgelegten Ziele der Wirtschaftspolitik übermittelt. In dem Schreiben wird neben dem Tributmoratorium ein grundsätzlicher Wandel in der Zoll- und Handelspolitik gefordert. Erneut wird auch die Forderung nach sogenannten Dumpingmaßnahmen (Zollzuschläge) aufgeführt, die angesichts des russischen Angriffs höchste Bedeutung erlangt hat. Weiter wird sofortige Erhöhung der Weizenvermahlungsquote auf 100 Prozent und die Einführung eines Verwendungszwanges für inländische Gerste, Malz und Hopfen gefordert, sowie die Ausgestaltung der Osthilfe und die Einbeziehung auch des westlichen Grenzgebietes in die Osthilfe.

Der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie.

Lohnkürzungen von sechs bis acht Prozent.

Berlin, 11. Oktober.

In dem Streit der Berliner Metallindustrie hat die Schlichterkammer unter Vorsitz Dr. Völckers folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die bisherigen Tarifmindestlöhne der Arbeiter über 18 Jahre werden in allen Lohnklassen um 8 Prozent, der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und der Arbeiterinnen um 6 Prozent gekürzt. Die Akkord-Berechnungsgrundlagen ändern sich im gleichen Ausmaße.

2. Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 3. November 1930 in Kraft und läuft bis auf weiteres. Sie ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Den Parteien wird von der Schlichterkammer empfohlen zu prüfen, ob und in welchem Umfange durch Kürzung der Arbeitszeit Wiedereinstellung von Arbeitslosen bewirkt werden kann.

Soweit der bisherige Stand an Arbeitskräften nicht aufrechterhalten werden kann, wird den Arbeitgebern empfohlen, durch Arbeitsstreckung Entlassungen größeren Umfanges zu vermeiden.

Frist zur Erklärung über den Schiedsspruch ist den Parteien bis zum 18. Oktober 1930 gesetzt.

Bei der Verkündung des Schiedsspruches führte der Vorsitzende Dr. Völckers, folgendes zur Begründung aus:

„Die Schlichtungskammer ist überzeugt, daß eine Lohnsenkung erforderlich ist, um die Gestehungskosten der Wirtschaft zu senken und damit der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Es ist sozialpolitisch richtiger, die Löhne, die in Zeiten eines guten Ganges der Geschäfte festgesetzt sind, zu senken, als durch Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau die Krise zu verschärfen und weitere Arbeitskräfte der Arbeitslosigkeit anheimfallen zu lassen.

Bei dem Ausmaß des Lohnabbaues konnte dem Antrag der Arbeitgeber nicht entsprochen werden, weil sich der Lohnabbau in sozialpolitisch erträglichen Grenzen halten muß.

Die Frage der Arbeitszeitkürzung ist von der Schlichterkammer eingehend geprüft worden. Die Schlichterkammer mußte sich in soweit auf eine Empfehlung an die Parteien beschränken, weil die Arbeitszeitbestimmungen zur Zeit ungekündigt weiterlaufen."

Keine Abberufung von Dr. Curtius.

Die Volksparteifraktion und das Regierungsprogramm.

Berlin, 11. Oktober.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine Sitzung ab. Die Beratung und Beschlußfassung über das Regierungsprogramm wurden auf Montag vertagt. Inzwischen sollen eingeleitete Verhandlungen über das Programm mit anderen Parteien fortgeführt werden. Die Fraktion setzte einen Ausschuß ein, der Vorschläge zur Ausgestaltung des Regierungsprogrammes machen soll.

Es wird ausdrücklich versichert, daß ein Antrag auf Abberufung des Reichsaußenministers Dr. Curtius der Fraktion nicht vorgelegen habe.

Herriot über die Revision des Versailler Vertrages

Paris, 11. Oktober. Im Verlaufe der außenpolitischen Aussprache auf der radikalsozialen Landestagung in Grenoble nahm der frühere Ministerpräsident Herriot u. a. auch zu der Frage der Revision der Friedensverträge Stellung. Man sagt mir immer, so erklärte Herriot, daß alle Verträge revidiert worden seien. Das glaube ich wohl, aber deshalb hat es auch so viele Kriege gegeben. Der Versailler Vertrag hat einen neuen Charakter. Er steht mit dem Völkerbundspakt in Verbindung. Gewiß möchte ich die Verträge nicht loben, aber sie bestehen nun einmal. Sie sind unterzeichnet worden und der Völkerbund enthält einen Artikel 14, der eine Prüfung der Klauseln vorsieht, die undurchführbar geworden sind. Daran halte ich mich. Seien wir nicht unklug, darüber hinauszugehen und andere Wege einzuschlagen. Für die Abrüstung, so fuhr Herriot fort, gibt es nur eine gute Lösung und zwar Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung. Ihre Durchführung müsse zusammen erfolgen. Ich lehne nicht ab, sondern ich fordere sogar, daß Frankreich an der Abrüstung weiterarbeiten soll. Aber wo sind die Bürgschaften der Sicherheit, die im Artikel 8 des Völkerbundspaktes vorgesehen sind und als unbedingt erforderlich gelten müssen? Die Ausführungen Herriots wurden von den Kongreßteilnehmern mit großem Beifall aufgenommen. Alle anderen Anträge wurden zurückgezogen und die gemeinsame Entschließung der Abgeordneten Cot und Herriot über die außenpolitische Richtung einstimmig angenommen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF